

Mitglieder des Kreistags
des Landkreises Esslingen

Kultur- und Schulaus- 20.11.2025 öffentlich Beschlussfassung
schuss

Betreff: Haushaltsdebatte 2026
 - Anträge der Fraktionen und Stellungnahmen der Verwaltung

Anlagen:

BESCHLUSSANTRAG:

Der Kultur- und Schulausschuss entscheidet über die von den Fraktionen eingebrachten Anträge.

Auswirkungen auf den Haushalt:

Die Auswirkungen der Anträge der Fraktionen zum Haushalt 2026 werden von der Verwaltung in der Sitzung bzw. in der Vorlage erläutert.

Sachdarstellung:

Für die Beratung im Kultur- und Schulausschuss in der Sitzung am 20.11.2025 wurden folgende Anträge gestellt:

1. Antrag der Fraktion Freie Wähler

Sozialhaushalt: Entwicklung Kosten am Beispiel Schulbegleitung

Wir beantragen, dass die Kreisverwaltung zeitnah über die Gründe für die exorbitanten Ausgabensteigerungen bei der Schulbegleitung berichtet, Kriterien der Einzelfallprüfungen (Ausübung Ermessen) und eine Lösungsstrategie zur zukünftigen Entwicklung aufzeigt.

Begründung:

Die Ausgaben für die soziale Sicherung erreicht Dimensionen, welche die Kommunen schon in guten Zeiten kaum finanzieren konnten. Die aktuelle Finanzlage überfordert den Landkreis Esslingen sowie seine Städte und Gemeinden. In der Haushaltsklausur des Sozialausschusses am 27. September wurden die engen

gesetzlichen Vorgaben aus Bund und Land deutlich aufgezeigt. Die geringen Handlungsspielräume der Kreisverwaltung und des Kreistages müssen ausgelotet werden.

Zum Beispiel sind bei der Jugendhilfe die Fahlzahlen von 2016 bis 2024 um fast 340 % gestiegen, insbesondere bei der Schulbegleitung. Allein an den SBBZ sind rund 90 Schulbegleitungen beschäftigt, teilweise als Kompensation zu fehlenden, vom Land zu bezahlenden Lehrkräften. Im Haushaltsentwurf sind Kosten in Höhe von 25,5 Mio. € eingeplant. In der Gemeinsamen Finanzkommission haben die Landesregierung und die Kommunalen Spitzenverbänden eine Einmalzahlung von landesweit lediglich 47 Mio. €

vereinbart. Dies lässt befürchten, dass die Kommunen auf einem erheblichen Teil der Ausgaben sitzen bleiben.

Wir stehen uneingeschränkt hinter dem Fürsorgegedanken für bedürftige Kinder und Jugendliche. Dennoch ist diese Entwicklung der Zahlen und damit der Kosten nicht einfach hinnehmbar.

Stellungnahme der Verwaltung

Die Ausgabensteigerung im Bereich der Schulbegleitung ist auf mehrere Faktoren zurückzuführen. Zum einen steigt die Zahl der Fälle kontinuierlich an. Immer mehr Schulkinder benötigen Unterstützung, wobei die Bedarfe zunehmend vielfältiger werden. Dies hängt unter anderem mit veränderten medizinischen Diagnoseverfahren zusammen, die zu einer genaueren Feststellung von Unterstützungsbedarfen führen. Zudem zeigt sich, dass einzelne Schulkinder einen vollumfänglichen Bedarf haben, was bedeutet, dass die Schulbegleitung nicht nur punktuell, sondern über den gesamten Unterricht hinweg erforderlich ist.

Ein weiterer Aspekt ist das Wunsch- und Wahlrecht der Eltern hinsichtlich des Schulbesuchs. Viele Eltern entscheiden sich für die Regelschule, was jedoch häufig nur mit einer Schulbegleitung realisierbar ist. Hinzu kommt, dass der gesetzliche Anspruch auf Eingliederungshilfe zunehmend auch gerichtlich durchgesetzt wird. Schulen selbst melden bereits bei der Anmeldung eines Kindes einen hohen Unterstützungsbedarf und fordern die Schulbegleitung aktiv ein, da sie sich an der Belastungsgrenze sehen.

Neben dem Anstieg der Fallzahlen tragen insgesamt auch steigende Kosten zur Ausgabenentwicklung bei. Die jährliche Anpassung der Vergütung, insbesondere durch tarifliche Steigerungen der Personalkosten und höhere Sozialversicherungsbeiträge, führt zu Mehraufwendungen. Gleichzeitig ist eine verringerte Kostenerstattung durch das Land zu verzeichnen, die sich durch die Erstattung einer Kopfpauschale ergibt.

Die Entscheidung über eine Schulbegleitung erfolgt individuell auf Antrag für jede Schülerin und jeden Schüler. Die Feststellung des Bedarfs übernehmen der Bezirkssozialdienst im Rahmen der Jugendhilfe sowie das Teilhabemanagement im Bereich der Eingliederungshilfe.

Um die Kostenentwicklung zu steuern bzw. einen höheren Deckungsgrad zu erreichen, verfolgt die Verwaltung gemeinsam mit dem Landkreistag eine mehrschichtige Strategie.

Ein zentraler Ansatz ist es, die Erhöhung bzw. vollumfängliche Kostenerstattung durch das Land zu erreichen. Voraussetzung hierfür ist, dass bei mehr Schülerinnen und Schülern ein sonderpädagogischer Bildungsbedarf durch das Staatliche Schulamt festgestellt wird. Die Anerkennungsquote

durch das Staatliche Schulamt ist derzeit jedoch Grundlage für die Erstattung durch das Land.

Die finanzielle Beteiligung des Landes an den Kosten der Schulbegleitung an Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ) muss vollumfänglich erstattet werden. Darüber hinaus wird eine strukturelle Lösung im Kultusbereich dringend gefordert, die eine angemessene Ausstattung mit Lehrkräften und eine verbesserte Unterrichtsgestaltung zur inklusiven Beschulung ermöglicht.

Ein weiterer strategischer Lösungsansatz ist die Förderung von Poollösungen. Erste Auswertungen zeigen, dass dieses Konzept sowohl pädagogisch als auch wirtschaftlich sinnvoll ist. Sie wird von Schulen und Leistungsempfängern durchweg positiv bewertet. Zudem wird die Steuerung der Unterstützungsleistung intensiviert, insbesondere durch die Überprüfung des Hilfeumfangs und die Nutzung von Ermessensspielräumen, bei der Begleitung.

2. Antrag CDU-Fraktion

Die CDU - Fraktion bitte um Auskunft:

1. Welche Sanierungsmaßnahmen sind an den einzelnen Schulen notwendig und dringend? Wie sieht der Zeitplan dafür aus?
2. Welche Pausenbereiche (außen und innen) stehen den Schulen jeweils zur Verfügung?
3. In welchem Ausmaß muss die Kreisverwaltung schulfremden Vandalismus oder anderweitige Bedrohungen an den Schulen feststellen? Welche Maßnahmen wurden diesbezüglich bereits ergriffen?
4. Sind die Wasserschäden und die Trinkwasserfrage an der JFK-Schule inzwischen gelöst? Wie sieht die aktuelle Situation in der Sporthalle der JFK-Schule aus? Hat es diesbezüglich Gespräche zwischen der Stadt Esslingen und der Kreisverwaltung gegeben und mit welchem Ergebnis?
5. In welchem Zustand sind die Toiletten an allen Schulen. Wo sind dringende Sanierungen notwendig?
6. Wie sieht es mit dem Mensa Betrieb bzw. die Mittagsversorgung an allen Schulen aus? Sind hier Investitionen notwendig, wenn ja - wo und welcher Art?
7. Welche Planungsperspektiven hat die Verwaltung bezüglich der digitalen Ausstattungen aller Schulen. Wird die zwangsläufig immer wiederkehrende Aktualisierung berücksichtigt, wenn ja für welche Zeiträume?
8. Wie ist der aktuelle Stand der Brandschutzsanierungen an den einzelnen Schulen?
9. Welche Neuigkeiten bzgl. des Neubaus des SBBZ auf dem Säer sind zu verzeichnen?
10. Welche Entwicklungen sind bei der Lehrerversorgung mit Hinblick auf die sich verändernden Schülerzahlen im nächsten Schuljahr zu erwarten?
11. Gibt es wesentliche Veränderungen bei der Betreuung und Aufnahme von geflüchteten Kindern und Jugendlichen in den Kreisschulen?

Stellungnahme der Verwaltung

zu 1:

In der derzeit in Arbeit befindlichen Fortschreibung des baulichen Masterplanes werden sich Aussagen zu den notwendigen Sanierungsmaßnahmen

und deren zeitliche Priorisierung finden. Die Einbringung in die Kreistags-gremien ist für das kommende Jahr vorgesehen.

zu 2:

Im Zusammenhang mit dem sommerlichen Hitzeschutz wird die Verwaltung mit den Schulleitungen ins Gespräch gehen, um kurz- und mittelfristige Maßnahmen zur Verbesserung der Situation zu finden. In diesem Kontext wird die Verwaltung die Fragestellung aufnehmen, ob neben den Erfordernissen von Schattenplätzen die Pausenbereiche den schulischen Bedürfnissen und Anforderungen genügen oder ggf. Handlungsbedarf besteht.

zu 3:

Wie bereits angekündigt, ist es geplant, einen runden Tisch mit den Schulleitungen der beruflichen Schulen in Esslingen und Vertretern der Polizei im Frühjahr 2026 durchzuführen. Auch die anderen Schulleitungen und insbesondere der geschäftsführende Schulleiter werden in den Prozess mit einbezogen. Im Anschluss daran wird im Ausschuss über das Ergebnis berichtet.

zu 4:

Das undichte Dach über dem 3. OG der John-F.-Kennedy-Schule ist zwischenzeitlich saniert und die Wasserschäden sind behoben.

Bislang waren das Trinkwasser und das Löschwasser im gleichen System miteinander verbunden. Zum Schutz vor Verunreinigungen ist zwischenzeitlich eine Trinkwassertrennstation installiert worden. Diese trennt das Trinkwasser vom Löschwassernetz und verhindert bei Druckschwankungen einen ungewollten Rückfluss von kontaminiertem Löschwasser in das Trinkwassersystem. Zudem wurden die horizontalen Trinkwasserleitungen erneuert. Seit Schuljahresbeginn 2025 ist die Nutzung des Trinkwassers wieder bedenkenlos möglich.

Bzgl. der städtischen Sporthalle steht die Verwaltung im Austausch mit der Stadt Esslingen. Die Sporthalle ist in einem altersentsprechenden Zustand und wird seitens der Stadt nach Notwendigkeit instandgesetzt. Eine umfangreiche Sanierung ist derzeit nicht geplant.

zu 5:

Die Zustände der Toiletten sind unterschiedlich. Durch die in den vergangenen Jahren durchgeführten Neubauvorhaben und Generalsanierungen wurden neuwertige WC-Anlagen geschaffen. So z.B. in der Sporthalle des Berufsschulzentrums in Esslingen-Zell, dem Rohräckerschulzentrum, der Albert-Schäffle-Schule, der Bodelschwinghschule sowie der Fritz-Ruoff-Schule im Bau A und B. An der Verbundschule Dettingen und der Philipp-Matthäus-Hahn-Schule sind die WC-Anlagen altersgemäß noch in einem guten Zustand, so dass aktuell keine Sanierungsnotwendigkeiten bestehen.

An den anderen Kreisschulen sind bedarfsbezogen WC-Sanierungen vorgesehen. Die konkreten Planungen werden im baulichen Masterplan dargestellt.

zu 6:

An den Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren werden in Mensen vollwertige Mahlzeiten angeboten. An den beruflichen Schulen werden vor allem Snacks, Getränke und kleinere Gerichte durch Kioske ausgegeben. Für den Kioskbetrieb an der John-F.-Kennedy-Schule sowie am Berufsschulzentrum finden derzeit Abstimmungen mit dem Pächter statt, um hinsichtlich der veralteten und teils defekten Ausstattung im Jahr 2026 Ersatzbeschaffungen (z. B. Kühltische, Heißluftdämpfer, Koch- und Zubereitungsgeräte) vorzunehmen. Hierfür sind im Haushaltsplanentwurf 2026 insg. 70.000 EUR veranschlagt. Auch verfügt der Kiosk in der John-F.-Kennedy-Schule über keine Lüftungsanlage, was infolgedessen zu einer entsprechenden Geruchsbelastung in der Schule führt. Deswegen prüft die Verwaltung derzeit, ob der Einbau einer Lüftungsanlage baulich umsetzbar ist.

zu 7:

Mit der Vorlage 120/2025 wird die dritte Fortschreibung der Medienentwicklungsplanung für die beruflichen Schulen sowie die SBBZ 2026-2030 zur Beratung eingebracht. In dieser wird das weiterentwickelte Ausstattungskonzept ausführlich dargestellt und bewertet.

zu 8:

Aktuell wird lediglich an der John-F.-Kennedy-Schule eine Brandschutzsaniierung durchgeführt, welche 2027 fertiggestellt sein wird. Inwieweit an anderen Kreisschulen Handlungsbedarf besteht, wird im baulichen Masterplan aufgezeigt werden (siehe Ziffer 1).

zu 9:

Derzeit läuft die bauliche Standortuntersuchung in Abstimmung mit der Stadt Nürtingen. Über den aktuellen Stand wird in einer der nächsten Sitzungen berichtet. Ebenso wird die Maßnahme in den baulichen Masterplan einfließen (siehe Ziffer 1).

zu 10:

Die Lehrerversorgung stellt sich an den Schulen sehr unterschiedlich dar. An den beruflichen Schulen wird die Lehrerversorgung durch die Schulleitungen insgesamt positiv gesehen. An den kaufmännischen Schulen ist die Versorgung, z. B. in BWL und VWL gut gesichert. Ein Mangel an Lehrkräften liegt insbesondere in den Spezialbereichen, wie z. B. im Eisenbahnbereich, vor. Ebenso ist es für den Informatikbereich sowie für die MINT-Fächer eher schwierig, Lehrkräfte zu gewinnen.

An den SBBZ ist die Lage kritisch, weshalb auch die Stundentafel bereits an allen Schulen gekürzt worden ist. Wie mit Blick auf diese Lehrerversorgung ein verlässlicher Ganztagsbetrieb an den SBBZ gewährleistet werden kann, bleibt abzuwarten. Das Land hat bereits Maßnahmen ergriffen, um zusätzliche Lehrkräfte zu gewinnen. Beispielsweise wurden zusätzliche Studienplätze für Sonderpädagogik oder Möglichkeiten für einen Direkteinstieg geschaffen. Es wird allerdings noch weitere Zeit in Anspruch nehmen, bis diese Maßnahmen spürbar greifen. Dem gegenüber stehen die nach wie vor stark ansteigenden Schülerzahlen. Es bleibt abzuwarten, wie

sich die Lehrerversorgung am Ende entwickeln wird. Das Staatliche Schulamt und die Schulen nutzen alle ihnen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten, um Personal zu akquirieren. Positiv bewertet wird die Möglichkeit des Direkteinstiegs zur Fachlehrkraft oder zur wissenschaftlichen Lehrkraft. Darüber hinaus können unbesetzte Lehrerstellen von Personen ohne Lehrbefähigung im Rahmen sogenannter Krankheitsvertretungen befristet besetzt werden. Nach Aussage des Staatlichen Schulamtes steigen die Lehrerressourcen aktuell leicht an. Allerdings steigen auch die Schülerzahlen in diesem Bereich stetig an und es ist eine steigende Zunahme an inklusiv beschulten Schülern festzustellen.

zu 11:

Der Bedarf an VABO-Klassen ist durch geringere Flüchtlingszuweisungen zuletzt gesunken. Aus diesem Grund wurden in diesem Schuljahr 3 VABO-Klassen weniger gebildet. Der Anteil an ukrainischen Schülerinnen und Schülern ist zum Beginn des Schuljahres gestiegen und somit vergleichsweise hoch. Aktuell bestehen 14 Klassen VABO an den beruflichen Schulen. Zudem wird eine Alphabetisierungsklasse an der Tobias-Mayer-Schule der VHS Esslingen angeboten. Sollte der Bedarf durch einen Anstieg an Flüchtlingszuweisungen entstehen, wird unterjährig wieder eine weitere Klasse eingerichtet. Die Schulsozialarbeit unterstützt die SuS der VABO-Klassen bei der Integration.

3. Antrag der Fraktion Die Grünen

Austauschprogramm mit Israel (Givatayim und Rama)

Situation: Die seit 1983 bestehende Partnerschaft des Kreises Esslingen mit Givatayim in Israel wird seit 1992 durch jährlich stattfindende Schüleraustausche untermauert. Der erste Austausch nach der Coronapause ging Anfang Oktober 2023 wegen des Überfalls der Hamas jäh zu Ende. Schülerinnen und Schüler der Jakob-Friedrich-Schöllkopf-Schule, die gerade in Givatayim zu Gast waren, mussten eine abenteuerliche Rückreise antreten. Leider ist es bei der momentanen Situation in Israel nicht vorstellbar, junge Leute nach Israel reisen zu lassen. Leider ist es aber wegen der zunehmenden antisemitischen Übergriffe in Deutschland auch für die meisten Israelis nicht vorstellbar, dass ihre Kinder nach Deutschland kommen.

Nach Ansicht der Fraktion von Bündnis 90/Die GRÜNEN sollte eine Partnerschaft, ganz besonders auch in schwierigen Zeiten, dabei helfen, die Situation im jeweiligen Partnerland einzuordnen, freundschaftliche Beziehungen zu pflegen und das Menschliche hinter dem Politischen nicht zu vergessen.

Unsere Fraktion hat über das Thema beraten und regt im Folgenden an, wie sich die Partnerschaften am Leben erhalten lassen.

- Ist-Situation erfassen: Die Schulleitungen der Schulen mit Partnerschulen in Israel berichten im Ausschuss, ob derzeit und in welcher Form, Kontakte mit Schülerinnen und Schülern und den Lehrkräften der Schulen bestehen.
- Anregung (falls noch nicht geschehen): Im Zeitalter des virtuellen Austauschs gibt es zumindest eine ungefährliche Möglichkeit des Kontakts zwischen den Schulen. Hier kann etwa ein gemeinsames Thema digital bearbeitet werden. Wichtig ist hier, dass die Partnerschulen die Themen vorab besprechen und eher keine aktuell-politischen Inhalte zur Sprache kommen, die falsch verstanden werden können.

- Es wird ein Symposium für Lehrkräfte veranstaltet, das sich damit beschäftigt, wie die Situation der Partner im Unterricht vermittelt werden kann. Diese Veranstaltung sollte aus Sicherheitsgründen im Landkreis Esslingen stattfinden.

Wir erhoffen uns, dass die schulischen Partnerschaften auf diese Weise diese sehr schwierige Phase überstehen und Verständigung und Verständnis für die jeweils andere Seite weiterhin möglich bleibt.

Stellungnahme der Verwaltung

Der Landkreis Esslingen kann mit Stolz auf eine über 40jährige Partnerschaft mit der Stadt Givatayim blicken. Bereits seit 1966 bestehen erste Kontakte über den Kreisjugendring nach Israel. Aufbauend auf dem Schulaustausch schafft der Landkreis weitere Begegnungsmöglichkeiten auf vielen Feldern, etwa des Sports, der Wirtschaft sowie der Kunst und Kultur. Ebenso bestehen sehr intensive kommunalpolitische Kontakte.

Der Verwaltung ist es ein wichtiges Anliegen, dass diese enge Verbindung gerade in diesen schwierigen Zeiten fortbesteht und weiterentwickelt wird. Es geht darum einander zu verstehen sowie Antisemitismus und Rassismus vorzubeugen.

Aus diesem Grund sind die Kreisverwaltung und die Stadtverwaltung aus Givatayim, insbesondere über digitale Formate, im regelmäßigen Austausch. Herr Oberbürgermeister Ran Kunik plant mit einer Delegation im Mai 2026 den Landkreis Esslingen zu besuchen. Es gibt bereits erste Überlegungen für ein gemeinsames Programm mit dem Schwerpunkt auf Jugend- und Verbandsarbeit.

Im Bereich des Schüleraustauschs pflegen drei unserer beruflichen Schulen einen intensiven Kontakt:

Berufliche Schule:	Schulpartnerschaft:	seit:
Philipp-Matthäus-Hahn-Schule, Nürtingen	ORT-Technicum, Givatayim	1993
Philipp-Matthäus-Hahn-Schule, Nürtingen	Dialog mit: Agricultural Technical High School, Rama + ORT-Technicum, Givatayim	2003
Jakob-Friedrich-Schöllkopf-Schule, Kirchheim unter Teck	Thelma Yellin High School of the Arts, Givatayim	2008
Friedrich-Ebert-Schule, Esslingen am Neckar	Hadarim High School, Tel Aviv	2019

Die Landkreisverwaltung ist im regelmäßigen Austausch mit den o.g. beruflichen Schulen, um die partnerschaftlichen Aktivitäten abzustimmen. Das letzte Treffen fand am 06.10.2025 statt.

Philipp-Matthäus-Hahn-Schule, Nürtingen:

Die Lehrerinnen und Lehrer der israelischen Schulen aus Givatayim und

Rama kommen im Juni 2026 für 3-4 Tage nach Deutschland. Im Rahmen des Unterrichts an der PMH wird über Projektarbeiten der Austausch zwischen Deutschland und Israel behandelt und gelebt.

Jakob-Friedrich-Schöllkopf-Schule, Kirchheim unter Teck:

Der betreuende Lehrer der Thelma Yellin High School kommt im Dezember 2025, um den Schüleraustausch im März 2026 im Landkreis Esslingen und im Juni 2026 im Drittland Wien vorzubereiten. Derzeit laufen Planungen, dass die Jazz-Band der Thelma Yellin High School bei der offiziellen Eröffnung des Verwaltungsneubaus in den Pulverwiesen auftritt.

Friedrich-Ebert-Schule, Esslingen am Neckar:

Die Schülerinnen und Schüler beider Schulen arbeiten digital gemeinsam an einem Projekt. Die deutschen Schülerinnen und Schüler arbeiten an der „Mechanik“ und die israelischen Schülerinnen und Schüler erstellen dazu die „Software“. Es findet ein regelmäßiger digitaler Austausch statt.

Alle Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer, die am Israel-Austausch teilnehmen, besuchen zur Vorbereitung ein eintägiges Seminar. Diese Seminare werden wissenschaftlich begleitet (z.B. über die Landeszentrale für politische Bildung).

In der Sitzung wird Herr Kaiser, Schulleiter der Jakob-Friedrich-Schöllkopf-Schule, über die schulischen Aktivitäten berichten und für Fragen zur Verfügung stehen.

4. Antrag SPD-Fraktion

Zahl an Schul- und Ausbildungsabbecher:innen reduzieren!

Die SPD-Kreistagsfraktion beantragt:

Die Kreisverwaltung berichtet zu folgenden aktuellen Entwicklungen:

Wie entwickelte sich die Situation bei Schul- und Ausbildungsabbrechern, nachdem im Jahr 2024 negative Entwicklungen festgestellt werden mussten?

Bericht der Schulen und der Beschäftigten in der Schulsozialarbeit: Welche Probleme gefährdeten insbesondere den Schul- und Ausbildungserfolg?

Welche Maßnahmen wurden getroffen, um den Schul- und Ausbildungserfolg der gefährdeten jungen Menschen zu unterstützen?

Welchen Erfolg hatten diese Maßnahmen?

Begründung:

Angeichts des demografischen Wandels und des sich weiter zuspitzenden Fachkräftemangels können wir es uns als Gesellschaft nicht leisten, so viele junge Menschen, die eine Ausbildung machen könnten, zu verlieren. Handel und Gewerbe, Gastronomie und Dienstleistung - die Betriebe im Landkreis sind auf motivierte und gut ausgebildete Mitarbeiter:innen angewiesen.

Im Rahmen der Haushaltsberatungen 2024 stellte die SPD-Kreistagsfraktion bereits einen Antrag, sich dezidiert mit den Übergängen und den Abbruchszahlen zu beschäftigen.

Stellungnahme der Verwaltung

Es ist geplant, in der ersten Jahreshälfte 2026 über die Erfahrungen mit der Einführung des AVduals im Kultur- und Schulausschuss zu berichten. Die aufgeworfenen Fragen werden in diesem Rahmen beantwortet.

5. Anträge AfD-Fraktion

5.1 Verbesserung des Qualitätsniveau an den Berufsschulen

Das Bildungsniveau an den allgemeinbildenden Schulen Baden-Württembergs hat sich nach einer Untersuchung des renommierten Instituts für Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) in den letzten fünf Jahren weiter verschlechtert.

Die Kinder können im Schnitt deutlich weniger als bei den Analysen der Jahre 2021, 2016 und 2011. Die Wochenzeitung „Die Zeit“ titulierte am 16.10.2025 „Gesamtnote mangelhaft“.

Im Vergleich zum schon schlechten Ergebnis hinken die Schüler lt. IQB-Leiterin Petra Stanat in Mathematik um ein halbes Schuljahr, in Biologie, Chemie und Physik um zwei Drittel bis ein Schuljahr im Vergleich zu 2018 hinterher.

Zu den Ursachen zählen lt. Frau Stanat Nachwirkungen von Corona, steigende Zahl von Schülern ohne ausreichende Deutschkenntnisse und sinkendes Interesse an MINT- Fächern.

Klagen aus Industrie und Handwerk über das schlechte Bildungsniveau von Lehrlingen lassen erwarten, dass sich die dargelegten Mängel im weiteren Schulablauf nicht wesentlich verbessern.

Am 9.12.2010 hat die Enquetekommission des Landtags von Baden-Württemberg „Berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“ seinen Abschlussbericht mit 50 konkreten Handlungsempfehlungen vorgelegt.

Was wurde davon an unseren Berufsschulen konkret umgesetzt?

Für die Antragsteller stellen sich noch weitere Fragen:

- Gibt es Untersuchungen über das Qualitätsniveau an unseren Berufsschulen und von wann sind diese?
- Was wird konkret unternommen um die dargelegten, grundlegenden Wissensmängel zu verringern?
- Gibt es zusätzlichen Deutschunterricht und wie sind die Ergebnisse?
- Wie hoch sind die Abbrecherquoten und was wird dagegen unternommen?

Stellungnahme der Verwaltung

Auf die Vorlagen Nr. 110a/2017 und Nr. 141/2022 wird verwiesen. Der Verwaltung sind keine Untersuchungen über das Qualitätsniveau an unseren Berufsschulen bekannt. Um Schülerinnen und Schüler mit geringerer Ausbildungsreife für eine Berufsausbildung verstärkt vorzubereiten, wurde die Schulart AVdual eingeführt. Über die Erkenntnisse wird in der ersten Jahreshälfte 2026 im Kultur- und Schulausschuss berichtet. Über die Handlungsempfehlungen der Enquetekommission kann die Verwaltung keine Aussage treffen. Es ist geplant, einen Vertreter des Regierungspräsidiums Stuttgart in eine der nächsten Sitzungen einzuladen, um hierüber zu berichten.

5.2 „Schulschwänzen“ an den beruflichen Schulen im Landkreis Esslingen

„Die Verwaltung berichtet über das Phänomen Schulschwänzen an den beruflichen Schulen im Landkreis Esslingen.“

Der geschäftsführende Schulleiter der Berufsschulen im Kreis Martin Zurowski hat in einem Pressegespräch „Schulschwänzen“ als Massenphänomen dargestellt, in dem er sich wie folgt geäußert hat: „Unser Alltag wird inzwischen beherrscht von diesem Thema.“

Die Antragsteller möchten erstens wissen, auf welcher Datengrundlage diese Aussage gemacht wurde und ob es sich um eine Aussage handelt, die für alle beruflichen Schulen im Landkreis gilt.

Nach einer Umfrage des Berufsschullehrerverbands unter 230 beruflichen Schulen im März 2025, aus dem der „Teckbote“ zitiert, fehle mindestens ein Drittel der Schülerinnen und Schüler der befragten Schüler häufig. An etwa 40 Prozent der Schulen komme sogar nur die Hälfte regelmäßig zum Unterricht.

Dies würde der Aussage von Herrn Zurowski noch besondere Brisanz verschaffen.

Zweitens stellt sich die Frage nach den Ursachen für diese Schulumüdigkeit. Welche Rolle haben die Schulschließungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie gespielt, vor denen die Kritiker damals gemahnt hatten?

Welche anderen Gründe sieht die Verwaltung?

Drittens ist zu klären, ob unter solchen Voraussetzungen des bisherige Erfolgsmodell der dualen Ausbildung für unsere Wirtschaft noch aufrechterhalten werden kann.

Und viertens stellt sich die Frage, ob der Landkreis Esslingen nicht harte Vorgaben und Regeln vorgeben muss, die zu erheblichen Verhaltensänderungen bei allen Beteiligten führen. Nur unter dieser Bedingung sind die erheblichen finanziellen und personellen Mittel in diesem Bereich vertretbar.

Stellungnahme der Verwaltung

Schulabsentismus ist eine gesellschaftliche Entwicklung nicht nur an den beruflichen Schulen im Landkreis Esslingen. Es handelt sich um eine bundesweite Entwicklung, die auch an anderen Schularten festzustellen ist. Man geht davon aus, dass Schulschließungen durch die Corona-Pandemie eine bereits zuvor wahrnehmbare Entwicklung beschleunigt haben könnte. Darüber hinaus könnten gesellschaftliche Veränderungen und ein stark angestiegener Medienkonsum mitverantwortlich sein. Eine eindeutige Zuordnung und Gewichtung von Gründen sind nicht möglich. Der Landkreis hat keine Kompetenzen, harte Vorgaben an Schülerinnen und Schüler anzuordnen. Diese Aufgabe wird von den Schulen wahrgenommen. Die Schulen erlassen regelmäßig Attestpflichten, ordnen Nachsitzen an, lassen Bußgelder verhängen oder regen einen Schulausschluss an. Schulabsentismus wird auch im Rahmen des Regionalen Übergangsmanagements oder im AVdual entgegengewirkt. Im Rahmen des Berichts über die Erfahrungen des AVduals wird auch auf Schulabsentismus eingegangen.

5.3 Kosten für Schulbegleitung begrenzen

„Die Verwaltung wird gebeten, auch weiter auf einen stärkeren Ausgleich der

Kosten für Schulbegleitung durch das Land zu drängen, aber auch selbst Vorschläge zur Kostenbegrenzung zu unterbreiten.“

Begründung:

Die Verwaltung hat im Haushaltsplan 2026 ausführlich Stellung genommen und dargelegt, dass der Deckungsgrad (Ausgleichsbetrag im Verhältnis zu den Gesamtaufwendungen der schulischen Inklusion) im Jahr 2026 bei etwa 4,2 % liegt und dass das Land seiner gesetzlichen Aufgabe der schulischen Inklusion nicht nachkomme. Das sehen die Antragsteller auch so.

Es ergeben sich aber noch folgende Fragen:

1. Warum haben sich die Fallzahlen der Anspruchsberechtigten seit 2020 in etwa verdoppelt?
Wer entscheidet über eine Anspruchsberechtigung?
2. Warum gibt es bei den Fallzahlen in etwa eine Verdoppelung, beim Aufwand aber fast eine Verdreifachung?
Wie haben sich die Kosten pro Betreuer entwickelt und warum?
3. Wie haben sich die sog. „Pool-Lösungen“ ausgewirkt, d.h. die Betreuung mehrerer Kinder durch eine Betreuung? Ist dies in der Praxis realisierbar?

Stellungnahme der Verwaltung

Aufgrund des Sachzusammenhangs wird auf die Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag Nr. 1 Freie Wähler verwiesen.

gez.
Marcel Musolf
Landrat